



PRESSEMELDUNG DER CDU DIETZENBACH

Koalition bringt weitreichenden Antrag zu Fernwärmeproblematik ein

Auf Initiative der CDU-Fraktion im Dietzenbacher Stadtparlament hat die Koalition ein Antrag für die nächste Stadtverordnetenversammlung eingereicht, welcher sich umfassend der aktuellen Fernwärmethematik widmet.

Nach einem kürzlich stattgefundenen Treffen zwischen dem Vorstand und der Fraktion der CDU Dietzenbach sowie Vertretern der IG Fernwärme ist die Einbringung des Antrags der nächste Schritt in dem Bemühen um eine einvernehmliche Lösung und ein möglicher Ansatz für einen zukunftsgerichteten Weg aus dem aktuellen Konflikt.

Das Ziel ist, wie bereits vor einiger Zeit angedeutet, die Umwandlung der EVD in eine Anstalt öffentlichen Rechts (AöR), um durch die dann geänderten rechtlichen Rahmenbedingungen, ein wesentlich transparenteres Tarifmodell zu entwickeln und sie somit wieder näher an die Bedarfe der Stadt und seiner Bürger heranzuführen.

Die Beantwortung, des von der Koalition eingebrachten Prüfantrages, zu den Möglichkeiten der Bildung einer solchen AöR, beinhaltet als Haupthindernis die Beteiligung der EVO an der gemeinschaftlich betriebenen EVD. Eine Gesellschaft mit privatrechtlicher Beteiligung kann nicht öffentlich Rechtlich sein.

Aus diesem Grund fordert nun der Antrag, Verhandlungen mit der EVO aufzunehmen um das bisher partnerschaftliche Verhältnis in ein Auftragnehmer (EVO) / Auftraggeber (EVD) Verhältnis zu wandeln. Sollte dies gelingen, könnten beide Seiten ungehindert Zusammenarbeiten und der AöR mit der Möglichkeit eines transparenteren Tarifmodells stünde nichts mehr im Wege.

„Wir halten dies für einen kreativen Ansatz, bei dem die Kunden einer künftigen AöR profitieren würden, ohne dass die EVO dadurch benachteiligt würde. Im Gegenteil, die EVO würde ihre Stellung sichern und durch die steigende Zufriedenheit der Abnehmer die Kundenbindung stärken“ so der Parteivorsitzende, Stephan Gieseler.

Als zusätzliche Möglichkeit künftig Preisvorteile für Fernwärmekunden zu sichern, wird die Stadt aufgefordert zu prüfen, welche dezentralen Wärmequellen als Alternative zu dem Müllheizkraftwerk wirtschaftlich Sinnvoll zur Verfügung stehen und ob die Herstellung solcher Energiequellen über Contracting Modelle finanziert werden können.

Ein weiteres wichtiges Themenfeld, welches der Antrag abdeckt ist die Aufhebung des Anschluss- und Benutzerzwanges. Dieser Vorschlag wurde im Rahmen der Diskussion um die Fernwärmepreise immer wieder auch als Forderung geäußert, die Umsetzung allerdings würde u.U. weitreichende Konsequenzen nach sich ziehen. So sind bspw. nicht in allen Wohngebieten alternative Versorgungsmöglichkeiten gegeben und sinkt durch eine Aufhebung des Benutzerzwanges die „Teilnehmerzahl“ an dem Versorgungssystem Fernwärme dürften die Preise für die Verbliebenen drastisch steigen. „Um die Konsequenzen aus einer Aufhebung des Anschluss- und Benutzungszwanges besser einschätzen zu können, fordern wir eine detaillierte Risikobeurteilung zu erarbeiten, die sich mit den vielschichtigen Folgen sowohl für die zahlreichen Nutzer aber auch für die EVD als Versorger auseinandersetzt“ so der Pressesprecher Marvin Flatten.

Der Magistrat ist weiterhin aufgefordert eine Darstellung der betriebswirtschaftlichen Folgen zu erarbeiten, für den Fall dass eine der vier Maßnahmen umgesetzt werden würde.

„Mit dem Antrag erhoffen wir uns eine Grundlage zu schaffen um der Lösung im Streit um die Fernwärmepreise zwischen den betroffenen Bürgern und dem Energieversorger näherzukommen. Der derzeitige Zustand ist auf Dauer nicht haltbar und die politischen Vertreter der Koalition wünschen sich eine zeitnahe Beilegung der Differenzen im Sinne der Dietzenbacher Bürger“ so der Fraktionsvorsitzende, Manuel Salomon abschließend.

Dietzenbach, 28.Februar 2018